

Der Gesellschafter.

Amis- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

88. Jahrgang.

Anzeigen-Beilage
für die einspalt. Zeile aus
gewöhnl. Schrift oder
breiten Raum bei einem
Stückchen 15 Pf.
bei mehrmaligen
entwerdend Rabatt

Samstag den 17. Mai
1919.

Verkauft täglich
bei Kuchner bei
Nagold und Heilbronn.
Preis vierteljährlich
mit Zedlerlohn
RM. 2.70, im Bezirk
von 10-Km-Bezirke
RM. 2.70, im übrigen
Württemberg RM. 2.80
Monats-Abonnements
nach Verhältnis.

N 112

Samstag, den 17. Mai

1919.

Wochenrundschau.

Der Gedankenkreis aller Deutschen hat gegenwärtig seinen Mittelpunkt in den Friedensverhandlungen von Versailles. D. h. was man so Friedensverhandlungen nennt. Sie bestehen lediglich darin, daß man unseren Abgesandten, die man zuerst eine Woche hat warten lassen und wie Kanakiere hinter dem Stacheldraht gefangen hielt, die Bedingungen übergeben und ihnen dann erlaubt hat, schriftliche Bemerkungen dazu zu machen. So übergibt nun Graf Brockdorff-Rangau dem Bluthund Clemenceau eine Note um die andere. Die Antworten sind kaum der Rede wert. Bald wird es wieder von uns heißen: „Sie überschwemmen uns mit Papier“.

Auch den großen Protestkundgebungen im Lande und im Reiche wird es kaum anders ergehen. Ob nun Scheidemann im Friedensauschuß von einem besitzlosen Todesurteil oder in der Nationalversammlung davon spricht, Deutschland sei wieder um eine Million Armer, ob die schwachen Erklärungen des Präsidenten der Württ. Landesversammlung, Reil, durch einen kräftigen und würdigen Aufruf unserer Staatsregierung ergänzt werden, ob der Reichspräsident Ebert seiner Entlassung Lust macht oder die Nationalversammlung selbst und im Anschluß an sie alle Städte und Bezirke des Reiches in Massenversammlungen flammenden Protest erheben, die Renner, die sich zum Halsabschneiderfriedenswerk sechs Monate Beratungszeit gelassen haben, werden auch die Zeit zum Stuhlam unserer schriftlichen Beschwerden finden; denn mündlich wird überhaupt nicht verhandelt; das wäre zu un bequem für die Sieger.

Da wären wir nun also an dem Punkte angekommen, auf den wir und andere so oft und leider immer vergebens mit wachsender Stimme hingewiesen haben. An dieser Stelle würde jahraus jahrein gebroht, daß wir den Krieg um unser Dasein führen und daß es den Feinden nicht um die Befestigung von Autokratie und Militarismus, sondern um die politische, wirtschaftliche und militärische Vernichtung Deutschlands zu tun sei. Man hat es uns nicht geglaubt, sondern dem Riesenwunder Wilson vertraut und allen den Deutschen, die leicht und schwach genug waren, ihm zu vertrauen. Darunter waren freilich viele, die es hätten besser beurteilen können. Es kommt reichlich spät, wenn die Führer der ehemaligen Reichstagsmehrheit heute jammen: „Ja, hätten unser Heer und unsere Arbeiter im November gewußt, daß der von Wilson versprochene Friede so aussehen werde, so hätten sie die Waffen nicht niedergelegt, sondern alle hätten ausgehalten.“ Das sagen heute dieselben Männer, die den Krieg sonst nur als einen großen Schwandl bezeichneten und meinten, man brauche nur die Hand auszustrecken, um einen Verständigungs- und Versöhnungsfrieden zu bekommen.

Wir wollen ihnen heute keine Vorwürfe machen, nur uns vorbehalten, sie an ihre schwache Urteilskraft und ihre Gläubigkeit an den deutschen Volke zu erinnern, falls es ihnen wieder bekommen sollte, fremden Stimmen mehr zu glauben, als deutschen Warnungen. Heute müssen wir zusammenhalten und mit vereinten Kräften zu retten versuchen, was noch zu retten ist. Viel wird es ohnehin nicht sein, aber es ist schon immerhin ein Fortschritt, daß der Irrsinn, in der unser Volk seiner größten Mehrheit noch bisher besungen war, zu schwinden beginnt wie Nebel vor der aufgehenden Sonne. Das ist der große und einzige Hoffnung erweckende Unterschied des heutigen Geistes vor dem am 1. Mai. Heute ist wieder das heilige Wort Deutschland in jedermanns Mund, der Kampf gegen Unrecht und Gewalt hat Deutschland wieder zum teureren Mutterland gemacht, das man liebt und schützt.

Die Ereignisse in unserer engeren Heimat waren diese Woche kurz beleuchtet: Einige Sitzungen der Landesversammlung, bei denen einige überflüssige neue Ministerien, die durch alle längst bewährte Erfindungen ersetzt werden könnten, nutzloses Geld kosten und unnütze Reden gehalten wurden; zu jedermanns, selbst der meisten Abgeordneten Ueberraschung eine Frau am Ministerisch, von der niemand weiß, wer sie berufen hat, welchen Titel sie führt und was sie kostet; die Beendigung des Milchkrieges zu Gunsten der Landwirtschaft; schließlich eine Reihe von Stadtschulbeiräten und Gemeindevorständen, die überwiegend eine Annahme des sozialdemokratischen Einflusses, da und dort aber auch ein überraschendes Anschwellen der Unabhängigen, wie beispielsweise in Ehlingen, erkennen lassen. Sonst haben wir die Freudenbotschaft vernommen, daß es mit den Reichseisenbahnen endlich ernst werden wird; unsere Flüge fahren wieder an den Sonntagen; die schlimmsten Seiten des Kohlenmangels scheinen überwunden.

Die Hoffnung, Deutsch-Oesterreich mit uns vereint zu stehen, werden wir vorberhand zurückstellen müssen. Seit wird in St. Germain-en-Laye bei Paris auch über den Frieden zwischen Wien und unseren gemeinsamen Feinden verhandelt, allem Anschein nach nach demselben Rezept wie in Versailles. Wilson hat dazwischenbei eine Rede gehalten, in der er das Völkerrecht preist und Gott lästert, indem er, tiefend von Heuscheln, seinen Betschund zu dem Beschönigungswerke ansetzt, dem er diene. Eßt Wilson: In der einen Hand die Bibel, in der anderen den Dolch! Darum paßt er auch so gut zu den Engländern, die mit diesem Rezept ihre Welt Herrschaft begründet haben und im Begriffe stehen, sie sich durch den Wilson'schen Völkerbund garantieren zu lassen. Es ist großlich, aber sie haben wenigstens Nationalstolz, hätten wir nur die Hälfte davon befehen, wie anders ständen wir heute da.

Württembergische Landesversammlung.

Stuttgart, 15. Mai. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung, die noch bis 1/3 Uhr hingen, erklärte sich der Minister des Innern, Dr. Lindemann, zur Beantwortung der Anfrage Zetkin wegen Verhängung von Schutzhaft und Kriegsminister Herrmann zur Beantwortung der Anfrage Bogalle wegen Kriegsanzeigerungen in einer der nächsten Sitzungen bereit. In der sodann zu Ende geführten Beratung des Nachtrags wegen des Ernährungsministeriums wurde ein Antrag Fleig (Soz.) vor, die Erfüllung der Lieferpflicht sicherzustellen, gegen sämtliche Lieferpflichtige mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen, und die Gemeinden für Nichterfüllung der Milchlieferungspläne haftbar zu machen. Ernährungsminister Baumann hätte gewünscht, daß die von Pflüger gestern eingeleitete Ansprache über Ernährungsfragen im gegenwärtigen Augenblick besser unterließen wäre. Der Minister zeichnete ein äußerst trübes Bild von der Ernährungsfrage, die unsicherer sei als je. Er empfahl, einen Mittelweg zwischen Erzeugern und Verbrauchern und betonte, daß während der Revolution kein einziges landwirtschaftliches Erzeugnis im Preis gestiegen sei, daß aber durch die fortwährenden Stieles und Unruhen, Lohnerhöhungen und Lohnforderungen eine Steigerung der Preise in den notwendigen Bedarfsartikeln eingetreten und daß man insolge dessen nicht in der Lage sei, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse dauernd niedriger zu halten. Als Garantien für die Milchlieferung seien nicht dies moralische Versicherungen vorgelegen, sondern konventionellsten. Eine Erhöhung der Schlachtopferpreise bezügelte der Minister als gerechtfertigt. Eine Bekämpfung des Schleichhandels sei durch den schärfsten Widerstand weitester Verbraucherkreise unmöglich gemacht. Der Minister schloß seine eindrucksvollen Darlegungen mit dem Hinweis darauf, daß eine Folge des Protestes gegen den Gewaltfrieden die Fortdauer der Hungerblockade sein werde und daß der ganze Protest nichts nütze, wenn wir nicht den Willen hätten, seine Folgen zu tragen. In der folgenden Debatte schied der Bauernbund nicht weniger als 4 Redner vor, zunächst den Abg. Kötner, der die Notwendigkeit des Ernährungsministeriums bestritt, raschen Abbau der Zwangswirtschaft und das Mißbilligungsrecht der Bauern bei der Preisfestsetzung, Nationalisierung und Lieferungspläne verlangte. Abg. Scheel (D) hielt eine sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft für ausgeschlossen und sprach sich gegen eine solche beim DSt aus, ferner für eine Aenderung des Postheimnisses für Eisenbahnen nach außerhalb Württembergs zur Verhinderung des Geschäftsverkehrs und für die Einstellung des Lebensmittel- oder Handels mit Norddeutschland bei schwereren Ernährungsbedingungen. Frau Zetkin wies unter der Heiterkeit des Hauses auf den Gegenlag in der Haltung des sozialdemokratischen Fraktionsredners gegenüber dem Ernährungsministerium und gegenüber dem Arbeitsminister hin und wandte sich gegen den Vorwurf daß die Zustimmung ihrer Partei zur Milchpreisverhöhung, die als sachlich durchaus berechtigt fand, agitatorischen Gründen entsprungen sei. Minister Baumann erklärte sich mit dem Grundgedanken des Antrags Fleig einverstanden, hätte aber Bedenken wegen der Haftanweisung der Gemeinden und streifte die Möglichkeit der Bildung von Zwangsvereinigungen der Milchproduzenten. Abg. Kargen (SB) versicherte, ein Bauernstrik, der vermehrt sei, sei nicht beabsichtigt. Abg. Feilmayer (3) legte an einer Reihe von Einzelbeispielen überzeugend dar, daß der Landwirt bei der ungeheuren Steigerung der Preise für Bedarfsartikel zu Preisverhöhrungen direkt gezwungen sei. Abg. Bogl. Sochsen (SB) trat für Aufhebung der Eisenbahnnationalisierung in Württemberg ein und Abg. Kapp (SB)

ließ sich trotz der vorgerückten Stunde nicht abhalten, die Weingärtnerprotestfrage schon bei dieser Gelegenheit zur Sprache zu bringen. Der Ausschussantrag mit einer Entschließung wurde gegen einen Teil der Bürgerpartei angenommen, womit das Ernährungsministerium genehmigt ist. Die Beweissung des Antrags Fleig an den Finanzausschuß wurde beschloßen, ebenso die Beweissung der Mitteilung der Regierung betr. die Reichsbierkernergemeinschaft. Nächste Sitzung: Freitag 9 Uhr: Wohnungsbürgerschaftsgeleß.

Tagesneuigkeiten.

Keine Unterzeichnung der Bedingungen in der vorliegenden Form.

Berlin, 15. Mai. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von zuständiger Seite hört, hat der Reichsminister Dr. Preuß gestern noch einmal betont, daß die Reichsregierung den Friedensvertrag in der vorliegenden Form unter keinen Umständen unterzeichnen werde. Dr. Preuß rechnete im Falle des Scheiterns der Friedensverhandlungen mit einer verschärften Hungerblockade und damit auch mit dem Wiedereröffnen größerer Unruhen. Würde aber der Vertrag in der vorliegenden Fassung unterzeichnet, so erklärt Dr. Preuß, würde ein noch viel größeres Chaos entstehen, da Millionen Deutsche infolge von Ruinierung von Industrie und Handel brotlos würden. Die Hoffnungen der Entente auf die Unabhängigen seien selbstbissen. Können die Unabhängigen aus Ruher, so komme damit auch das Chaos und der Volkshemismus nach Deutschland. Damit sei der Entente auch nicht gedient, denn einmal würden die Unruhen vor ihren Grenzen nicht Halt machen und sodann würden von einem kapitalistischen Deutschland irgendwelche Kriegsentwicklungen nicht zu erwarten sein. Im wohlverstandenen Interesse der Entente liege es daher auch, daß die frühe Regierung am Ruher bleibe. Diese werde aber nur dann die Geschäfte weiterführen, wenn die Entente zum Wilson'schen Programm zurückkehre und den Frieden so gestalte, daß er den deutschen Lebensbedingungen gerecht werde.

Die „Deutsche Allg. Zeitung“ stellt alle Veröffentlichungen, die in der Friedensfrage einen Unfall der Regierung vorgeben und auch alle Kombinationen und Andeutungen im Kabinett in Abrede, und schreibt u. a.: Bedingungen, wie sie der Entwurf von Versailles enthält, sind für Deutschland unannehmbar. Aufgabe der Regierung und der Parteien ist es, zusammenzufinden in dem Bemühen, die Aenderungen herbeizuführen, die es gestalten würden, der Welt endlich den so dringend notwendigen Frieden zu geben. Die Grundlagen für die Verhandlungen sind und bleiben die Punkte des Präsidenten Wilson. Welchen Erfolg sie haben werden, ist noch nicht abzusehen. Das eine jedoch ist sicher, daß in der deutschen Öffentlichkeit alles vermieden werden sollte, was die Geschlossenheit der Regierung und des Volkes als irgendwie beeinträchtigt auch nur erscheinen lassen könnte. Dasselbe Blatt meldet: Heute Vormittag 11 Uhr tagte eine Kabinettsitzung, in der neben einigen laufenden Angelegenheiten insbesondere die territorialen Fragen des Friedensvertrages durchgesprochen wurden. Dabei wurde auch mit Befriedigung festgestellt, daß die gewaltigen spontanen Kundgebungen gegen den Gewaltfrieden der Entente nicht in eine schmädernde Kritik der persönlichen Politik des Präsidenten Wilson ausgeartet sind.

Die Aukunft der österr. Delegation.

St. Germain, 15. Mai. WTB. Die österreichischen Delegierten trafen gestern abend hier ein. Es hatten sich viele Journalisten zum Empfang eingefunden. Renner entließ als erster dem Zuge und wurde durch den Präsekte in freundlicher Weise begrüßt, der versicherte, daß er nach allen Regeln der freundschaftlichen Höflichkeit behandelt werde. Man stellte ihm darauf Major Bourgeois vor, der den Verkehr mit den Delegierten vermitteln soll. Renner bedankte sich für den Empfang und bedauerte, nicht in französischer Sprache antworten zu können. Er erklärte den Journalisten auf Befragen über den Verlauf seiner Reise, daß er mit Bewunderung auf das hüferrüberhauchte Frankreich gesehen habe. Die freundlichen Oesterreicher, so wird geflüstert in der französischen Meldung beigesigt, haben einen besseren Eindruck gemacht als die deutschen Delegierten.

Neue Anschreitungen in Stettin.

Stettin, 16. Mai. WTB. Im Laufe des gestrigen Nachmittags wurden in vielen Geschäften der Stadt Plünderungen verübt. Das Polizeigeängnis in der Elisabeth-

1919.
e.
fer Liebr
Ugroß
m
fen.
nenen.
amittage
1919
Leidnahr
s. Groß
ls
er
für den
Reichende.
nenen
Witwe
Conditorei
restaurant in
sche ein soli
chen
it und Be
Gäste, bei
schluß
del, Conditor
Bahnhofstr.
sten
oppelessig
rthlt
ok, Nagold.

frage wurde gestärkt. Ebenso wurden die von den Reglerungsgruppen in der Hauptmasse untergebrachten Beschlüssen aus dem Straßenkampf gewaltsam befreit. Gegen Abend wurde der Bahnhof belegt, weil das Gerücht verbreitet war, daß von außerhalb Reglerungsgruppen herangezogen würden. Die Behörden haben Maßnahmen getroffen, um die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Die Vertreter der Arbeiterschaft legen größten Wert auf die Feststellung, daß die Unruhen und Plünderungen von dem Pöbel niedrigster Sorte verübt wurden, also mit der städtischen Arbeiterschaft keine Gemeinschaft haben. Die Stettiner Arbeiterschaft sieht diesem Treiben ausnahmslos ablehnend gegenüber.

Die „Freiheit“ und der Liebknechtprozeß.

Berlin, 15. Mai. WTB. Die „Freiheit“ bringt es fertig, das Urteil im Liebknecht-Prozeß mit den Friedensverhandlungen in Beziehung zu setzen und schreibt dabei: „Wie wird dieses Vorspiel auf den Verlauf der Friedensverhandlungen wirken? Das Proletariat in den Entente-Ländern wird mit Entsetzen sehen, daß der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ungeahnt bleiben soll, jene beiden, die nicht nur der deutschen Arbeiterklasse, die der Arbeiterklasse der ganzen Welt angehört haben. Die Bourgeoisie der Allierten oder wird behaupten können, daß der deutsche Militarismus freier als je sich gebildet, und daß darum dem deutschen Volke die härtesten Bedingungen auferlegt werden müssen.“ Es verdient festgesetzt zu werden, daß noch nie eine deutsche Zeitung den Hegnern schamloser Argumente und Vorwürfen nahegelegt hat, als die „Freiheit“. Sie liefert der Bourgeoisie der Allierten Waffen gegen das eigene Volk, dazu Waffen, deren längster Charakter ihr auf das genaueste bekannt ist, und alles, um innerpolitisch ihr Geschick zu machen! Die Regierung hat dem Liebknechtprozeß seinen rechtmäßigen Verlauf gelassen, ohne auch nur im geringsten für oder wider Stellung zu nehmen. Ihr liegt nun die verfassungsmäßige Aufgabe ob, das gesprochene Urteil zu bestätigen, oder nicht zu bestätigen. Falls sie sich zu einer Beweigerung der Bestätigung entschließen sollte, liegt der Grund nicht darin, daß bei dem Inkonsistenz des Urteils etwas Unrechtmäßiges mitgewirkt hat, sondern darin, weil sie jede Möglichkeit auszunutzen sehen will, noch Angeklagte zu künden und noch nicht festgeschickte Schuld festzustellen.

Die neue Blockadeandrohung.

Berlin, 15. Mai. Nach Variser Meldungen hat sich der Oberste Wirtschaftsrat der Entente mit den wirtschaftlichen Maßnahmen beschäftigt, die gegen Deutschland an gewandt werden sollen, wenn der Erwerbseinkommen nicht untergeordnet wird. Unter anderem soll die strenge Blockade wieder hergestellt werden.

Dazu bemerkt der „Vorwärts“: „Damit also glaubt man uns schrecken zu können! Darum muß hervorgehoben werden, daß eine Ablehnung des Friedensvertrages nur in vollem Bewußtsein der Verantwortung des ganzen Volkes erfolgen würde. Nicht nationalistische Gesichtspunkte leiten uns. Lehnen wir ab, so geschieht das, weil wir dem Willen des Siegers nicht dadurch Nachdruck verleihen wollen, daß wir unsere Unterschrift darunter setzen, die den Tod unseres Volkes besteuern würde. Die an sich schon blutige rechtswidrige Blockade konnte seinerzeit zur Not stückweise gerechtfertigt werden als letztes Mittel gegen eine große Macht, die in Belgien selbst das Völkerrecht gebrochen hatte und kriegerischen Veltäteroberungsplänen verdrängt war. Heute existiert diese Macht nicht mehr, sondern es gibt nur noch ein unglückliches Volk, das seine letzte moralische Widerstandskraft zusammenschließt, um sich gegen die Anrechnungsvorwürfe fremder Imperialismen zu wehren. Dieses Volk zur Aufgabe des letzten moralischen Widerstandes zwingen zu wollen, indem man seine Frauen, Kinder und Greise durch Hunger zu töten versucht, wäre das schrecklichste Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das deutsche Volk wird entschlossen abwarten, ob sich der Ententeimperialisismus auch noch mit diesem Verbrechen beschließen will, oder ob seinen Führern nicht noch rechtzeitig die Erkenntnis kommen wird, daß sich ein Uebermaß von Brutalität schließlich gegen seine eigenen Urheber wendet. An anderer Stelle weist der „Vorwärts“ darauf hin, daß Deutschland nichts anderes sei als eine Kolonie der Entente, Deutschland könne also keine Unterschrift nur unter dem Vorbehalt leisten, daß die Entente dann auch die gesamte Verwaltung übernehme und einen Gouverneur einsetze. Auf diese Weise werde die Verklammerung Deutschlands wenigstens vor der ganzen Welt offenbar und die Füge von der deutschen Scheinsovereänität befreit. Andernfalls werde sich der ganze Unwille des deutschen Volkes über die Folgen der Verklammerung gegen die deutsche Regierung statt die Entente und deren Gouverneur entladen.“

Englische Stimmen.

Rotterdam, 14. Ma. (Wolff.) Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London meldet, wird die Rede Scheidemanns vor den kaiserlichen englischen Vätern aufs schärfste zurückgeführt, findet jedoch Anklang bei den liberalen und sozialistischen Vätern wie „Daily News“ und „Daily Herald“. Die „Daily News“ schreibt: „Wie wollen einen Frieden, den die deutschen annehmen können, ohne das Gefühl zu haben, daß sie einem Nothde zum Opfer fallen. Wir wollen einen Frieden, der eine tüchtige Regierung, die von der Meinung des Volkes geführt wird, führt, jedoch die anderen Mächte sie als Trägerin der Verantwortung ansehen können. Aber wie die Sache liegt, ist die Annahme des Friedensvertrages ebenso verhängnisvoll, wie die Ablehnung.“ Der „Daily Herald“ sieht voraus, daß man, statt Entschuldigungen zu erhalten, deutsches Ge-

blet werde befehlen müssen. Das Blatt schreibt, die Militärs in allen Ländern, vor allem in Frankreich, würden dem zustimmen, aber es bedeute militärische Sklaverei für England und für alle anderen Völker, die sich an der Belegung beteiligen hätten. Die Völker würden genau so bezahlen müssen wie Deutschland.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 17. Mai 1919

Von der Vereinigung der Kriegsteilnehmer.

Mit einem neuen Programm tritt der Reichsbund der kriegsbeschädigten Kriegsteilnehmer an die Öffentlichkeit, aus dem wir folgende besonders wichtige Punkte hervorheben wollen: Einheitliche Rente für alle Militärpersonen ohne Rücksicht auf den Dienstgrad; Bevorzugung der kriegsbeschädigten vor den Militäranwärtern; Erweiterung des Kapitalanleihegesetzes; Kontrolle und Aufsicht über die Verwendung öffentlicher Mittel und Spenden für Zwecke der Kriegsfürsorge (Ludendorff-Spende etc.); Verbot der Anrechnung der Rente auf den Lohn; Ausdehnung der sozialen Kriegshinterbliebenen-Fürsorge; Bevorzugung der Kriegswitwen vor anderen weiblichen Arbeitskräften; Beihilfen für Kriegsgewaisen zur Berufsausbildung; Gewährung von Krediten an Kriegsteilnehmer; Bevorzugung der Kriegsteilnehmer bei Vergabung öffentlicher Arbeiten; bevorzugte Zuteilung öffentlich bewirtschafteter Kohlen auf Handwerker usw., welche durch Stilllegung ihrer Betriebe Schaden erlitten haben; Bevorzugung der Kriegsteilnehmer bei der Abgabe von Sachen aus Heresbesitzungen. Weitere Forderungen des Reichsbundes, der seit der Heresaufhebung einer tiefsten Mitgliederzuzunahme aufweist (in wenigen Monaten weit über 100.000), sind von der Reichs- und Landesregierung schon erfüllt worden, wie Erhöhung von Spruchkammern in Rentensachen, Vertrauensleute bei den Ministerien usw. Der Gau Württemberg hat in den letzten Tagen eine Broschüre „Unsere Forderungen an die Gemeinden“ herausgegeben, die zeigt, in welcher Weise die einzelnen Ortsgruppen für die Interessen der Kriegsteilnehmer einzutreten sollen. Auch hier in Nagold gibt es für die Kriegsteilnehmer, ihre Sonderinteressen zu machen. Die hiesige Ortsgruppe wird auf Grund des neuen Programms mit Nachdruck für ihre Mitglieder eintreten, wo dies erforderlich erscheint. Nun sollen auch die an die Reihe kommen, die während des Kriegs nur Opfer gebracht haben.

18. Staatslotterie, 5. Klasse 5. u. 6. Ziehungs-

tag. Auf Württemberg gefallene Gewinne. 12. Mai 1919: 15.000 Mk. auf Nr. 175.529. 3000 Mk. auf Nr. 174.784. 188.334, 189.338, 189.472, 217.237. 1000 Mk. auf Nr. 186.031. 500 Mk. auf Nr. 30.981, 176.193, 176.436, 178.053, 178.230, 183.595, 189.825, 194.261, 217.198. Außerdem 157 Gewinne zu 240 Mk. (ohne Gewähr). 10. Mai 1919: 3000 Mk. auf Nr. 64.806, 174.898, 175.764, 211.902. 1000 Mk. auf Nr. 176.257, 176.536, 176.954, 177.089, 177.093, 208.818, 217.197, 226.529. 500 Mk. auf Nr. 174.695, 177.309, 178.505, 187.289, 187.372, 188.101, 217.202. Außerdem 145 Gewinne zu 240 Mk. (Ohne Gewähr.)

Oberschwandorf. Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeinderatswahl wurden auf 6 Jahre gewählt: Christian Krieg, Gemeindepflichter, Jak. Wolf, Wagner, Gottlieb Proß, Bauer und Jakob Gutkonst. Schmieb; auf 3 Jahre: Jakob Brenner, Bauer, Christian Albert Wolf, Kirchenpflichter, Christian Brenner, Steinbauer und Gottlieb Müller, Schreiner. Die Wahlbeteiligung war nicht allzu hoch.

Aus dem übrigen Württemberg.

Herrenberg. In Rastingen O. Herrenberg wurde der in Fichtenberg tätig gewesene Schulinspektorsverweiser Gottlob Seilach von Herrenberg zum Schultheßen gewählt.

Stöckingen. Genosse Karl Zochl wurde verhaftet und sofort nach Friedrichshafen gebracht. Er soll weil er zum Generalkriegsausschuss habe, ausgewiesen werden. Genosse Zochl ist italienischer Abstammung.

Tübingen. Zutrieb auf den Schweinemarkt 60 Stück, verkauft 150. Preis 220—270 Mark.

Gottesdienste der Stadt Nagold.

Evang. Gottesdienst:
Am Sonntag Rantate, den 18. Mai 1/10 Uhr Predigt (Pfleiderer) (1. Gebäl) 1/2 Uhr Christenlehre (Töchter) 1/3 Uhr Gebetsstunde. Off. 18.

Kath. Gottesdienst:
4. Sonntag nach O., 18. Mai 9 1/2 Uhr Predigt und Amt. (7 1/2 Uhr desgleichen in Rohrdorf). 2 Uhr Andacht.

Letzte Nachrichten.

Die päpstliche Kurie hat Ebert als deutschen Reichspräsidenten anerkannt.

Der badische Landtag hat einstimmig die uns vorgelegten Friedensabteilungen als annehmbar bezeichnet.

In der Kugelbahn sind Bestrebungen im Gange, ein Antrag auf die Umkehr des Generals Ehrard, in den nächsten Tagen sich als unabhängigen Staat zu erklären.

Gestern lag in Morzell ein Munitionslager mit 150 Tonnen Sprengstoff in die Luft. Den ganzen Tag über ereigneten sich heftige Explosionen. Es ist dies innerhalb einer Woche die dritte Explosion von Munitionslagern in dieser Gegend.

„Dunst“ zufolge hat sich Marshall Joffe vor dem parlamentarischen Ausschuss über so schwerwiegende Vo-

kommnisse zu verantworten, daß das Blatt sich fragt, ob nicht im Anschluß hieran seine Befreiung in den Anklagezustand fallen werde. Das Blatt weist Joffe besonders vor, das Telegramm unterzeichnet zu haben, durch das Rumänien gezwungen worden sei, in ungünstigem Augenblicke in den Krieg einzutreten.

Die Mitteilung der Entente, daß mit der Unterzeichnung der Friedensbedingungen auch die Blockade vollständig aufgehoben wird, wird in holländischen Schiffahrtskreisen als wirkungslos bezeichnet, da man ja nicht weiß, wieviel Tonnen verfügbaren Schiffsraum Deutschland noch übrig bleibt.

Wahl. Wetter am Sonntag und Montag.
Bei vermehrter Bewölkung vorwiegend trocken und warm.
Für die Wettervorhersage verantwortlich: Paul Egg, Nagold.

Amlicies.

Oberamt Nagold.

Die Ortspolizeibehörden

wurden beauftragt, die Bergschüsse:

1. der Ost- und Schönbühlhöfen,
2. der Bäckerei- und Rosbühlhöfen,
3. der Kaiser-, Anstehler- usw. Berlebe,
4. der im Gemeindefiskus befindlichen Berlebe, in welchen fremde Kinder beschäftigt werden

bis spätestens 1. Juni ds. Jg. als postpflichtige Dienstücke ergänzt hiermit vorzulegen. Auf den gleichen Zeitpunkt ist zu berichten.

1. ob und welche Hofhaarspinnereien, Haar- und Borstenzurichtereien, Bürsten- und Pinselmachereien und Steinbrüche noch bestehen und wieviele fremde Arbeiter bei ihnen beschäftigt werden,
2. welche Veränderungen in obengenannten Betrieben, welche bisher schon bestanden, etwa eingetreten sind (Wandel des Besitzers, Art des Betriebes und dergl.)

Diesigen Ortspolizeibehörden, in deren Gemeinden sich Fabriken und dergleichen gleichartige Anlagen befinden, haben die ihnen unterm 10. Oktober vor. J. zurückgegebenen Bergschüsse ebenfalls bis spätestens 1. Juni ds. Jg. geprüft und bezüglich der eingetragenen Änderungen berichtet, hierher vorzulegen. Wenn in den Gemeinden am 1. April ds. Jg. keine Fabriken vorhanden waren, oder solche neu entstanden sind, ist dies ebenfalls zu berichten. Zutreffendesfalls ist in allen Fällen **Schlaubeize** zu stellen, was auf einem Bogen geschehen kann.
Den 16. Mai 1919. Müng.

Betrifft Rennte Kriegsanleihe.

Mit Erlaß vom 26. April ds. Jg. hat das Ministerium des Innern den Oberämtern und allen beteiligten Behörden seiner Verwaltung seine warme Anerkennung für die geleistete unermüdete und unerschöpfliche Wirksamkeit ausgesprochen.

Sie bringe dies hiermit zur Kenntnis der Beteiligten.
Den 16. Mai 1919. Müng.

Betreff: Obstkantars.

Zur Beendigung des im März festgestellten Obstkantars gibt der Obstkantarsinspektor Winkelmann am Dienstag, den 20. Mai, in Altenfels einen Prospektus. Er beginnt mittags 2 Uhr mit einer praktischen Unterweisung. Abends 8 Uhr wird ein Vortrag über das Anspitzen gehalten.
Zum Besuch des Kantars wird hiermit eingeladen.
Den 16. Mai 1919. Müng.

Versicherungssamt Nagold.

Den Ortsbehörden für die Arbeiterversicherung mit Ausnahme derjenigen von Nagold, Altenfels, Bohl, Fichtenbrunn, Hattenbach, Schönbühl, Spielberg, Unterlaim und Willberg sind die Listen über die besonders eingeschätzten Steuerkapitale nebst dem Nachdruck zur Kenntnisnahme mit der Post heute zugangenen.

Die Ortsbehörden haben die Kostenabrechnungen nach § 25 ff der Verfügung des Ministeriums des Innern zum Sollzug des Ausführungsgerichtes im R. S. D. vom 26. Oktober 1912 (Rg. Bl. S. 820) zu fertigen und dieselben in einfacher Ausfertigung nebst den Beilagen — Anlage B—G — spätestens bis 1. Juli ds. Jg. hierher vorzulegen.

Den eingangenerwarteten Gemeinden, welchen die Listen nicht von hier aus zugewandt sind, werden dieselben unmittelbar von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Neulingen überhandt werden.
Den 16. Mai 1919. Oberamtmann Müng.

Amtliche Bekanntmachung.

Oberamtsbezirk Nagold.

Sämtliche Arbeiter in Stadt und Land werden ersucht, sich zu organisieren. Wo sozialdemokratische Ortsvereine nicht bestehen, werden man sich wegen Bildung von solchen an uns. Wir die Adressen von Gewerkschaften zu erfahren wünscht, die schreiben uns.

Bestellungen der Arbeitgeber gegen die gesetzliche Bestimmung des Schlußdienstes sind den Ortsbehörden anzuzeigen. Inoffiziell ist das Oberamt.

Bestellungen der Behörden sind uns zu melden.
16. 5. 1919. Bezirksarbeiterrat Nagold: Schumacher.



Die Rechnungen der städt. Verwaltungen

von 1913, 1914, 1915 und 1916 liegen von heute an 1 Woche lang auf der Stadtplatz zur öffentlichen Einsicht auf.

Nagold, 16. Mai 1919. Stadtschultheißenamt. M. A. L. e. r.

Bestimmungen der Friedhofordnung

Es besteht Veranlassung auf folgende Bestimmungen der Friedhofordnung hinzuweisen, zu deren genauer Einhaltung die Friedhofbesucher aufgefordert werden:

§ 7. Jede Person, welche auf dem Friedhof anwesend ist, ist zu anständigem, geräuschlosem Verhalten, zur Unterlassung von Störungen der Ordnung und der Totengebräuche verpflichtet.

Das Rauchen, Mitführen von Handen, Berührung von Kindern oder Beschädigungen, jeder Art sind verboten, insbesondere das Abpflücken von Gräsern und Blumen von den öffentlichen Anlagen sowohl als von den Gräbern anderer. Allen vom Herrichten und Säen der Gräber entfallenden Arbeiten haben die Beteiligten vom Friedhof zu fernhalten.

§ 9. Der Friedhof ist für jedermann geöffnet: Vom 15. März bis 15. Oktober jeden Tag, morgens 7 bis 8, abends 5-7 Uhr.

Vom 15. Okt. bis 15. März nur an Sonn- und Festtagen, nachmittags 2-4 Uhr.

Der Totengräber ist auch zu anderen Stunden des Tags verpflichtet, den Friedhof gegen eine besondere ihm zustehende Gebühr von 20 4 für jede damit veräumte halbe Stunde zu öffnen.

Für die Ordnung auf dem Friedhof ist der Totengräber verantwortlich, es ist deshalb dessen Anordnungen unweigerlich Folge zu leisten vorbehaltlich des Beschwerderechts an den Gemeinderat.

§ 10. Auf Nachsuchen bei dem Stadtplatz können vom Gemeinderat Personen eigene Friedhofschlüssel, welche mit einer städtischen Kontostampfe versehen sind, überlassen werden.

Die Erlaubnis zur Führung eines Schlüssels schließt das Recht ein, daß ihn der Familienvorstand und seine Familienangehörigen, einschließend der Dienstreisenden, zur Berührung des Schlüssels an eine Person ist zulässig.

Der Gebrauch nicht konfessioneller Schlüssel, sowie die Vermählung von Schlüsseln durch Nichtberechtigte ist verboten. Die Inhaber von Schlüsseln sind verpflichtet, beim Eintritt in den Friedhof und beim Verlassen desselben die Türen hinter sich zu schließen.

Jeder Besucher des Friedhofs ist verpflichtet, dem Totengräber den Schlüssel auf Verlangen vorzugeben.

Bei wiederholter Zuwiderhandlung gegen vorstehende Anordnungen kann neben dem Anfordern einer Strafe von dem Gemeinderat die Erlaubnis zur Vermählung eines eigenen Schlüssels zurückgezogen u. der Schlüssel abgenommen werden.

Nagold, den 16. Mai 1919. Stadtschultheißenamt: M. A. L. e. r.

Wilsberg.

Hochzeits-Einladung.

Zur Feier unserer ehelichen Verbindung beehren wir uns Verwandte, Freunde und Bekannte auf

Montag den 20. Mai 1919

in das Gasthaus z. „Bären“ in Wilsberg freundlichst einzuladen.

Wilhelm Oftertag

Sohn des Friedrich Oftertag Bäckermstr. in Wilsberg.

Marie Braun

Tochter des Jakob Braun, Bauer in Breitenberg.

Abschlag 1/2 Uhr.

Wir bitten, dies samt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Eingefandt aus Schillingen.

Die Wahl zum Gemeinderat ist nun vorüber und wir haben es unterlassen, zu dem Wahlergebnis in Nr. 106 des „Gesellschafters“ Stellung zu nehmen, um den Frieden in der Gemeinde nicht zu stören. Dem vorläufigen Einberufungsurteil ist jedoch gesagt worden, daß es eine Verleumdung ist die übrigen wahlberechtigten Männer der Gemeinde zu behaupten, daß nur die Vorgesetzten für das Wohl der Gemeinde seien, während die andern daran ausgehen, das Gemeinwohl zu verschandeln. Eine solche plumpe Behauptung wäre im Interesse des guten Einvernehmens in unserer Gemeinde besser unterlassen. Es wird keinem wahlberechtigten Bürger einfallen, nicht heuchlerisch mit dem Gemeinwohl umzugehen, wohl aber gibt es außer den Vorgesetzten noch eine ganze Anzahl besonnener, gewissenhafter Männer, denen die Leitung der Gemeinde hätte anvertraut werden können, auch wenn sie mit dem Vorgesetzten nicht verwandt oder verschwägert sind.

Einige Wähler.

Nagold.

Freiwillige Feuerwehr.



Nächsten Sonntag, den 18. Mai

richtet die

gesamte Feuerwehr

zur Übung aus.

Anreisen morgens 7 Uhr beim Magazin in der Burgstraße.

Das Kommando.

Bereinigung der Kriegsteilnehmer Mitgliederversammlung

am Samstag, den 17. Mai 19, abends 8 Uhr im Gasthof z. „Röhle“.

Tagesordnung: 1) Bericht über den Gaus und die bisherige Vereinstätigkeit. 2) Unser neues Programm. 3) Satzungsänderung und Neuwahl.

Es fehle keiner!

Gäste willkommen!

Dr. med. Eugen Stähle

ordnender Arzt am Militärgenesungsheim Waldeck und Arzt für innere und Nerven-Krankheiten

übt auch **Privatpraxis** aus. Sprechstunden täglich 10 $\frac{1}{2}$ -12 Uhr (Sonntags nur in dringenden Fällen) im Militärgenesungsheim Waldeck. Telefon: Nagold No. 3.

Z u 1 3.

Wahlaufruf.

An die Kleinbauern, Arbeiter und ehemaligen Kriegsteilnehmer!

Laßt Euch nicht irre führen! Wählet Männer, die der Neuzeit angehören und am Krieg mitgestraft haben! Wir brauchen keine, welche nur ihr und das Wohl Eurer u. Eurerer! Darum seid fest und einig und gebt Eure Stimmen am kommenden Sonntag:

- Jakob Wörner, Zimmermann
- Michael Röhm, Dotsenerbeamter
- Gottlob Dengler, Bauer
- Karl Wörner, Zimmermann
- Johannes Scheuing, Baumwart
- Johannes Dürr, Bauer
- Michael Dengler, Bauer
- Karl Weipert, Bauer.

Im Sinne vieler Wähler.

Schönbrunn.

Wahlaufruf.

Wilsberger, Hauswerker, Arbeiter! Wählet Männer, welche auch das Interesse des kleinen Landwirts und Arbeiters vertreten und auch wissen wo den kleinen Mann und Handwerker der Schutz blüht. Deshalb

wählet zu den bewährten „Alten“

- Johann Kempf, Bauer
- Jakob Schwarz, Schmiedmeister
- Michael Köpfe, Jarrenhalter
- Wilhelm Schneider, Steinhauser.

Viele Wähler.

Nagold, den 16. Mai 1919.

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unser liebes gutes Kind und Schwesterchen



Charlotte Fahnacht

im Alter von 6 Jahren nach langem, schwerem Leiden fast entschlafen ist.

Die trauernden Eltern:

Jakob Fahnacht und Frau und die Geschwister.

Berechtigung Sonntag nachmittags 1/2, 3 Uhr.

Ev. Kirchengemeinde Nagold. Die Wählerliste

für die Wahl zur Landeskirchen-Versammlung ist vom Montag den 19. bis Samstag, den 24. Mai im **Beisein** zur allgemeinen Einsicht aufgelegt. Während dieser Zeit kann wegen Nichtaufnahme oder unbegründeter Aufnahme einzelner Personen in die Wählerliste bei dem Unterzeichneten Einsprache erhoben werden.

Nagold, 16. Mai 1919.

Namens des Ortswahlamtschusses: Dekan Pfeifferer.

Die Wahl zur Landeskirchenversammlung

findet in allen evangelischen Gemeinden des Bezirks am

Sonntag, den 1. Juni

im Anschluß an den Hauptgottesdienst statt.

Gewählt werden für den Kirchenbezirk Nagold ein weltlicher und ein geistlicher Abgeordneter. (Der geistliche Abgeordnete wird gemeinsam mit dem Kirchenbezirk Herrenberg gewählt.)

Wahlberechtigt sind alle mindestens 25jährigen, geschäftsfähigen männlichen und weiblichen Mitglieder der evangelischen Landeskirche, welche in Württemberg ihren Wohnort oder dauernden Aufenthalt haben und nicht nach Art. 18 und Art. 50 Abs. 3 des evangelischen Kirchengesetzes an der Ausübung des kirchlichen Wahlrechts verhindert sind. Darnach ist u. a. vom Wahlrecht ausgeschlossen insbesondere, wer infolge gerichtlichen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig ist, oder wer in den letzten der Wahl vorangegangenen drei Jahren wegen Verbrechen, Unterschlagung, Betrug, Meineid, Urkundenfälschung in gemeinschaftlicher Absicht, Gotteslästerung, Beschimpfung der evangelischen Kirche oder ihrer Einrichtungen und Gebrauche oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens gegen die Sittlichkeit rechtskräftig verurteilt worden ist oder eine Freiheitsstrafe auf Grund einer Verurteilung wegen der genannten Verbrechen oder Vergehens erlitten hat, ferner derjenige, welcher sich bei Eingehung einer Ehe der Pflicht kirchlicher Trauung entzogen oder seine Kinder der Taufe oder Konfirmation entzogen hat, insoweit, bis das Verdictum nachgeholt oder die Absicht, das Verdictum nachzuholen, schriftlich dem zuständigen Pfarramt mitgeteilt ist. (Kriegstraumung).

Die Abstimmung erfolgt auf Grund einer in jeder Kirchengemeinde aufzustellenden Wählerliste, welche 6 Tage lang zur Einsichtnahme durch die Kirchengemeindeglieder aufgelegt. Während der Auflegung der Wählerliste ist jeder Wahlberechtigte befugt, wegen Nichtaufnahme oder unbegründeter Aufnahme einzelner Personen in die Wählerliste schriftlich oder mündlich beim Ortswahlamtschuss Einspruch zu erheben. Zugelassen zur Stimmabgabe werden nur solche Wähler, welche in die Wählerliste aufgenommen sind.

Der Stimmzettel hat den Namen von einem weltlichen und einem geistlichen Abgeordneten zu enthalten.

Die Kirchengemeindeglieder werden zu zahlreicher Beteiligung an der Wahl eingeladen.

Nagold, 16. Mai 1919.

Der Diözesan-Auditschuss:

Dekan Pfeifferer, Pfarrer Sigwart, Schultheiß Kern.

Rottfelden.

Wahlaufruf.

An die Kleinbauern, Arbeiter und Kriegsteilnehmer!

Überlegt Euch bis Sonntag, wen Ihr wählet. Wählet Männer die der Neuzeit entsprechen und den Krieg mitgestraft haben. Wir brauchen Männer, die nicht bloß ihre und einiger Interessen vertreten, sondern die für das Wohl der Gemeinde sorgen. Darum seid fest und einig und entschließt Euch bis Sonntag und gebt Eure Stimmen:

- Jakob Reck
- Simon Dürr
- Johannes Bühler
- Johannes Braun, Steinhauser
- Fritz Bachmann, Zimmermann
- Fritz, Gemeinderat
- Friedrich Lutz
- Konrad Kohler.

Viele Wähler.

An Sonn- und Festtagen fallen die Sprechstunden aus. Dentist Holzinger.

Wahl für die Landes- Kirchen-Versammlung.

Auch unsere evangelische Kirche soll in diesen unruhigen Zeiten eine neue Grundlage für ihren Bau schaffen; das hat durch allgemeine Wahl zu geschehen. Was 4 Jahrhunderte in unserem Lande Bestand gehabt, soll von Grund aus geändert und neu aufgebaut werden. Es wird viel Weisheit von oben bedürfen, um gute alte kirchliche Ordnungen und das unerschütterlich Gewige mit den neuzeitlichen Forderungen zu verbinden. Und das Kirchenwort soll am 1. Juni ds. Js. die Baumeister dazu wählen. Jedes evangelische Gemeindeglied über 25 Jahre hat an diesem Tag das Recht und — wer seine Kirche liebt — die Pflicht dafür zu sorgen, daß die rechten Männer in die Landeskircherversammlung entsandt werden.

Der Kirchenbezirk Nagold hat für sich allein einen weltlichen und mit dem Kirchenbezirk Herrenberg zusammen einen geistlichen Abgeordneten zu wählen. Eine Versammlung der Kirchengemeinderäte des Bezirkes hat sich in großer Stimmigkeit dafür entschieden, unsern Kirchengenossen als weltlichen Kandidaten

Berwalter G. Bauer
in Röttenbach bei Nagold

und als geistlichen Kandidaten

Prälat D. von Römer
in Stuttgart

vorgeschlagen.

Der letztere, unser früherer Deput., der in der Landes-synode des Herrenberger Bezirkes schon wiederholt vertreten hat, ist auch den meisten Kirchengenossen aus dem Nagolder Amt noch bekannt. Nach ihm ist er, der früher in Basel gewirkt hat, vom Schwarzwald über Tübingen auf die erste Rangliste des Landes in Stuttgart berufen worden.

Weniger bekannt außerhalb Nagolds ist den meisten der andere Vorgeschlagene. Ist Prälat D. von Römer der Kirchenmann durch und durch, so ist Berwalter Bauer der Mann aus dem Volk. Er war in seiner Jugend Bauer, später lange Jahre Krankenpfleger am Katharinen-hospital in Stuttgart und leitet nun seit 20 Jahren das Erholungsheim in Röttenbach. Er lernte da die Sorgen und Nöte der arbeitenden Bevölkerung und über die 4 Kriegsjahre auch die der Soldaten von Grund aus kennen. Ferner ist er seit 9 Jahren Mitglied des Kirchengemeinderats Nagold und wurde eben jetzt auch in den neugebildeten Gemeinderat dafelbst berufen. Berwalter Bauer wird, soweit dies gewünscht wird und möglich ist, sich in den einzelnen Gemein-den noch vorstellen und er wird gewiß auch da durch seine freundliche Art und seinen selbstlosen Charakter Vertrauen gewinnen.

So seien denn

**Berwalter Bauer und
Prälat D. von Römer**

zur Wahl für die Landeskircherversammlung empfohlen.
„Tut auch hier eure Hände nicht ab, denn euer Wert hat seinen Lohn.“

Der Wahlausschuß.

Pfrendorf.

Zur Gemeinderatswahl!

Handwerker, Arbeiter, Kleinbauern, sämtliche ehemalige Kriegsteilnehmer, sowie deren Frauen und Töchter,

soweit Ihr wahlberechtigt seid, bestimt und überlegt Euch, wann Ihr am Sonntag eure Stimme gebt. Halte zusammen wie eine Fange, damit die Zahl 48 wie in beiden letzten Wahlen voll, ja noch überschritten wird; nicht unsere Nachbargemeinden zum Vorbild.

Ihr Relegationsnehmer, bedenkt und bestimt Euch, wie oft Euren Angehörigen die Reichsaufstellung vorgeworfen wurde, als ob solche von eilichen Herren aus ihrer Tasche stüge. Morgen am Wahltag könnt Ihr dafür vergelten, für eigenmächtige Gewaltmenschen haben wir keinen Platz auf dem Rathaus. Solche wollen sich von den Hamstern wählen lassen, für welche sie so sehr eingetroffen sind.

Im Sinne Vieler.

Schönbrunn.

Wahlvorschlag.

Zur Gemeinderatswahl werden vorgeschlagen:

Jakob Schaible, Bauunternehmer.

Michael Rehle, Farenhalter.

Joh. Kempf, Frommister.

Karl Dürr, Kriegsteilnehmer.

Sowie die seitherigen Gemeinderatsmitglieder.

Alle Wähler.

Forstamt Nagold.

Gras-Verkauf

am Dienstag 20. Mai
11 Uhr bei der Eiche am
Schloßberg von den Wegen
der Nat. K. Heide.

Gelegen-

heits-Kauf.

Einen ahorn silber-
grau polierten

Salon

feinste Arbeit, hat im
Auftrag zu verkaufen.

Martin Koch
Möbelschmiederei.

Nagold.

Einen sehr schönen

Anzug,

2 Juppen

für 15-16jähr., und einen

Kellnerfrack

mit Weste hat im Auftrag

zu verkaufen

Friedr. Weinstein,

Nagold.

Bohnen- Stecken

hat zu verkaufen

Spöhr, Zimmermann.

Einen gut erhaltenen, zu-

sammenklappbaren

Kinder-

Sportwagen

wird zu kaufen gesucht.

Offerte mit Preisangabe

an die Red. von Bl. erbeten.

Nädingen.

Eine 28 Wochen trüchtige

fehlerfreie

Rug- und Schaffhub

steht dem Verkauf aus

Friedrich Mast,

Nädingen.

Einen Wert schöne starke



Milchschweine

hat zu verkaufen

Friedr. Reichert

Mühlbacher.

Nädingen.

Verkaufe ein jähriges,

schönes



Rapp-Sintfohlen

M. Beermann.

Nädingen.

Albführer

von Weis

beständig bei

Buchhandlung Kaiser

Nagold.

In zwölfter Stunde.

O Wildberg, du edle Perl im Schwarzwaldquell,
Ehemals warst du die Stätte eines ehrsamten Handwerkerstandes reell,
Du hattest Aemter, Ansehen, Verkehr, und standest auch sonst in Ehr,
Doch warst du in deiner Vorsehung nicht weise genug, und so ging gar
manches in Bruch.

O Wildberg, du bist gelegen so schön, hast Wasser- und elektrische Kraft
und auch den Bahnverkehr,
Aber da man leider lebte gegen die Enterbten so sorgenlos, blieb vieles
auf dem Papiere blos.

Man hielt wohl Reden und machte Beschluß, es blieb am Ende nur ein Bluff.
Aber wie konnte es auch anders sein, denn Vettern und Wohlthuer
beissen sich nicht ins Bein.

Auch wollte man stets sein ein gut Kind, deshalb gingen viele Reden in den Wind,
Deshalb gebe Gott den Wildbergern Kraft, daß man das Altertumsmuseum
vom Halbeschafft,

Und Wildberg muß aus dem Altertum heraus, deshalb wähle es am
18. Maientag auch wirkliche Volksbeauftragte aufs Rathaus,
Dann wirft du o Wildberg, getreu der Natur, auch in deiner Seele
eine Perl im Schwarzwaldquell.

An Wildbergs

Wähler, Wählerinnen und Kriegsteilnehmer als Wähler!

Ein erstes Wort in schwerer Zeit richtet die Sozialdemokratische Mehrheitspartei
an Euch. Die Gemeinderatswahl steht vor der Tür, jeder Wähler muß und soll über
das Wohl und Wehe der Stadtgemeinde durch Abgabe eines Stimmzettels auf sechs
Jahre mit entscheidend wirken. Jeder Einzelne trägt hierbei eine große Verantwortung mit.
Mitbürger, denkt an die Vergangenheit der Gemeinde, kein Fortschritt, kein Still-
stand, ja einzig und allein ist ein Rückschritt in der Gemeindeentwicklung zu verzeichnen.
Bedeutet dies nicht für Wildberg eine geistig-wirtschaftliche Verarmung und Dis-
harmonie anderen Gemeinden gegenüber?

Wir leben in einem demokratischen Staatswesen; die Nationalrats- und Landtags-
wahlen haben gezeigt, daß die Mehrheit des deutschen Volkes das alte Regime abge-
schüttelt und sich zur Demokratie bekennt.

Und folglich muß auch ein demokratischer Geist auf Wildbergs Rathaus eingeleitet,
um auch da eine konsequente, demokratische Wirtschaftspolitik zu betreiben.

In dieser schweren Zeit gibt es kein Rückwärts mehr, sondern nur noch ein Vor-
wärts. Jetzt heißt es auch für die Gemeinden, sich im Sinne des Staatswesens anzu-
passen, zum Wohle des Ganzen.

Hierzu gehören aber Männer in das Stadtparlament, die sich auch den demokra-
tischen Staatsverhältnissen anpassen verstehen und nicht etwa unserer Staatsform ver-
streckt feindlich gegenüberstehen.

Das werktätige Volk kann keine Paradeeserde, Selbstkonzepte gebrauchen, auch
muß alles Privilegium und jeder Kostengriff vom Rathaus ferngehalten werden. Es
müssen einzig und allein Männer gewählt werden, welche mit der breiten Masse des
Volkes auch wirklich denken, fühlen und leiden gelernt haben. Sie müssen sich auch als
Diener und Volksbeauftragte, nicht aber als Herren fühlen. Erst dann werden sie fühlen,
was ihre Pflichtesehe ist und auch die Interessen der Einwohner so vertreten, daß diese
dem Wohle der Gemeinde dienen werden.

„Vorwärts, dann beginnt!“
Unser Leitstern soll Gerechtigkeit sein, es soll auch derjenige etwas gelten, der etwas
kann und nicht, der infolge seiner Abstammung etwas ist. Nicht nach Ansehen der Person
soll es gehen, sondern einzig allein, was dieser auf dem Rathaus vertritt.

Darum auf Ihr Wähler und Wählerinnen, laßt Euch nicht beeindrucken, denn jede
Beerkämpfung bei der Wahl ist strafbar. Gebt Eure Stimmen dem Sozialdemokratischen
Wahlvorstand.

Sozialdemokr. Verein Wildberg.

Haiterbach, 16. Mai 1919.



Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme von hier und
auswärts, für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen, für
den erhebenden Gesang meiner Herren Kollegen und der Schüler,
sowie für die zahlreichen Kranzspenden anlässlich des Heimgangs
meiner lieben Frau

Berta Dagenbach

dankt herzlich

Karl Dagenbach, Oberlehrer.

